

Begrüßung

Wir sind/Ich bin von die/der Gruppe "Unbounded Solidaristi" (Ungebundene Solidarische) und engagieren uns für freie Einreise von Menschen auf der Flucht und gegen die Festung Europa. Wir kämpfen solidarisch mit einem breiten Bündnis von regionalen bis internationalen Initiativen für menschenwürdige Asylpolitik und eine offene Gesellschaft. Langfristig wollen wir die Abschaffung von Staatsgrenzen erreichen, weil dieses Konstrukt vorwiegend zu Ungerechtigkeit und Kriegen führt.

Heute wollen wir im Besonderen auf das kürzlich vom Rat der EU Innenminister*innen verabschiedete Asylabkommen aufmerksam machen. Dieser Gesetzentwurf ist ein Ausverkauf der Menschenrechte und ermöglicht unter anderem eine mehrjährige Inhaftierung von Flüchtenden, das Abschieben in beliebige Drittstaaten und die Option für Unionsstaaten, sich von der Aufnahme geflüchteter freizukaufen (20.000€/Person: Quelle ProAsyl). Des Weiteren bedeutet der Entwurf keine (akute, wenn überhaupt) Entlastung für die Kommunen. Solidarität sieht anders aus! Dieser Entwurf muss gestoppt werden!

Ausserdem wollen wir die lokale Gesellschaft dazu aufrufen, proaktiv an einem respektvollen Miteinander mit hier lebenden Geflüchteten mitzuwirken. Der Zuzug von Migrant*innen wird noch lange anhalten, entziehen können wir uns dem nicht. Es geht darum, unseren eigenen Werten gerecht zu werden, den Grundsätzen von Solidarität und Würde.

Auf die Politik können wir uns dabei nicht verlassen. Es gibt lokale Initiativen, die zeigen wie es geht. So z.B. der Verein "eXchange", der einen Treffpunkt für Einheimische und Zugewanderte in Salzwedel betreibt. Oder die wendländische Initiative "CompassCollective", die ein Foundrising für ein Beobachtungsschiff im Mittelmeer ins Leben gerufen hat.

100 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht.

Jeder hat das Recht, Schutz und Sicherheit zu suchen.

Deshalb fordern wir:

Recht auf Asyl: Jeder, der vor Verfolgung, Konflikten oder Menschenrechtsverletzungen flieht, hat das Recht, in einem anderen Land Schutz zu suchen.

Sicherer Zugang: Die Grenzen sollen für alle Menschen, die zur Flucht gezwungen sind, offen bleiben – ohne Zugangsbeschränkungen und Grenzschließungen.

Keine Pushbacks: Menschen dürfen nicht gezwungen werden, in ein Land zurückzukehren, wenn dort ihr Leben oder ihre Freiheit auf dem Spiel stehen würde.

Keine Diskriminierung: Menschen dürfen an Grenzen nicht diskriminiert werden. Faktoren wie Hautfarbe, Religion, Geschlecht und Herkunftsland dürfen keinen Einfluss auf den Schutz des Lebens haben.

Humane Behandlung: Menschen, die zur Flucht gezwungen sind, sollen mit Respekt und Würde behandelt werden. Das bedeutet auch: Familien zusammenzuhalten, Menschen vor Menschenhändlern zu schützen und Inhaftierungen zu verhindern.

Begrüßung

Wir sind/Ich bin von die/der Gruppe "Unbounded Solidaristi" (Ungebundene Solidarische) und engagieren uns für freie Einreise von Menschen auf der Flucht und gegen die Festung Europa. Wir kämpfen solidarisch mit einem breiten Bündnis von regionalen bis internationalen Initiativen für menschenwürdige Asylpolitik und eine offene Gesellschaft. Langfristig wollen wir die Abschaffung von Staatsgrenzen erreichen, weil dieses Konstrukt vorwiegend zu Ungerechtigkeit und Kriegen führt.

Heute wollen wir im Besonderen auf das kürzlich vom Rat der EU Innenminister*innen verabschiedete Asylabkommen aufmerksam machen. Dieser Gesetzentwurf ist ein Ausverkauf der Menschenrechte und ermöglicht unter anderem eine mehrjährige Inhaftierung von Flüchtenden, das Abschieben in beliebige Drittstaaten und die Option für Unionsstaaten, sich von der Aufnahme geflüchteter freizukaufen (20.000€/Person: Quelle ProAsyl). Des Weiteren bedeutet der Entwurf keine (akute, wenn überhaupt) Entlastung für die Kommunen. Solidarität sieht anders aus! Dieser Entwurf muss gestoppt werden!

Ausserdem wollen wir die lokale Gesellschaft dazu aufrufen, proaktiv an einem respektvollen Miteinander mit hier lebenden Geflüchteten mitzuwirken. Der Zuzug von Migrant*innen wird noch lange anhalten, entziehen können wir uns dem nicht. Es geht darum, unseren eigenen Werten gerecht zu werden, den Grundsätzen von Solidarität und Würde.

Auf die Politik können wir uns dabei nicht verlassen. Es gibt lokale Initiativen, die zeigen wie es geht. So z.B. der Verein "eXchange", der einen Treffpunkt für Einheimische und Zugewanderte in Salzwedel betreibt. Oder die wendländische Initiative "CompassCollective", die ein Foundrising für ein Beobachtungsschiff im Mittelmeer ins Leben gerufen hat.

100 Millionen Menschen sind aktuell auf der Flucht.

Jeder hat das Recht, Schutz und Sicherheit zu suchen.

Deshalb fordern wir:

Recht auf Asyl: Jeder, der vor Verfolgung, Konflikten oder Menschenrechtsverletzungen flieht, hat das Recht, in einem anderen Land Schutz zu suchen.

Sicherer Zugang: Die Grenzen sollen für alle Menschen, die zur Flucht gezwungen sind, offen bleiben – ohne Zugangsbeschränkungen und Grenzschießungen.

Keine Pushbacks: Menschen dürfen nicht gezwungen werden, in ein Land zurückzukehren, wenn dort ihr Leben oder ihre Freiheit auf dem Spiel stehen würde.

Keine Diskriminierung: Menschen dürfen an Grenzen nicht diskriminiert werden. Faktoren wie Hautfarbe, Religion, Geschlecht und Herkunftsland dürfen keinen Einfluss auf den Schutz des Lebens haben.

Humane Behandlung: Menschen, die zur Flucht gezwungen sind, sollen mit Respekt und Würde behandelt werden. Das bedeutet auch: Familien zusammenzuhalten, Menschen vor Menschenhändlern zu schützen und Inhaftierungen zu verhindern.

Redebeitrag "SoliMo" 24.6.2023

Die Bedingungen in der Ausländerbehörde sind nicht mehr ertragbar! Die Kommunikation ist sehr schwierig und der Aufbau eines Austausches quasi unmöglich. Wir müssen zu oft ewig warten, bevor unsere Anfrage bearbeitet wird. Das führt dazu, dass wir monatelang keine gültigen Papiere haben können, dass wir Schulden machen müssen und manchmal gezwungen sind, die Stadt zu verlassen. Eine gelungene Integrationspolitik sieht anders aus! Wir, Migrant:innen aus Sachsen-Anhalt, waren seit Mai laut und stark auf den Straßen von Lutherstadt Wittenberg, Magdeburg und Bernburg. Heute Hand in Hand mit unseren Freund:innen von Salzwedel haben wir zu dieser Kundgebung aufgerufen. Zu dieser Versammlung heute hier, 24. Juni 2023, um unsere Stimme gegen die Willkür der Ausländerbehörde zu erheben. Mit unserem Motto:

„Es reicht!“ fordern wir, dass die Politiker:innen und Beamt:innen der Verwaltung ihre Verantwortung endlich übernehmen, so dass wir endlich Teil dieser Gesellschaft werden können, mit Gerechtigkeit und Würde.

Weil uns Gerechtigkeit und Würde immer noch verenthalten wird! Wusstet ihr, dass der deutsche Staat eine besondere Behörde nur dafür finanziert, Migrant*innen das Leben zur Hölle zu machen?

Ihre Dienstleistungen sind: Demütigung, Repression, Isolierung, Angst und Abschiebung.

Ohne Aufenthaltstitel bist du in Deutschland weniger als Nichts. Und die Chancen, Asyl zu bekommen sind sehr gering. Warum ist das so? Weil die Behörden in Europas Asylsystem sehr egoistisch, ignorant und menschenverachtend sind. Beamt*innen, die von der Lebensrealität in den Herkunftsländern absolut keine Ahnung haben, haben die Macht über die Zukunft von uns geflüchteten Menschen zu entscheiden. Diese Leute, die kein Verständnis von Menschenrechten und Menschenwürde haben, haben die Macht über das Leben von so vielen Menschen zu entscheiden. Und das ist ein Skandal.

Wer deinen Asylantrag ablehnt, verurteilt dich entweder zur direkten Abschiebung oder zu einer Duldung. Du wirst illegalisiert. Das heißt konkret, dass du gar keine Rechte hast und wehrlos und schutzlos den deutschen Behörden ausgeliefert bist und gar keine Rechte mehr hast.

Du hast keine Rechte auf Arbeit.

Kein Recht auf Bildung.

Kein Recht auf Gesundheitsversorgung.

Kein Recht auf eine eigene Wohnung.

Kein Recht auf Autonomie.

Kein Recht auf Respekt.

Kein Recht auf Würde.

Die Folgen auf die psychische Gesundheit sind katastrophal.

Wir adressieren die Beamt*innen der Ausländerbehörde als auch die menschenfeindliche Außenpolitik der EU und klagen euch an. Eure Arbeit besteht nur darin, uns zu misshandeln und zu erniedrigen. Ihr redet über Integration aber praktiziert Demütigung und Ausschluss. Ihr verbreitet das Klischee, wir seien faul und wollen nicht arbeiten. Oder wir würden euch Arbeit wegnehmen in Bereichen, die in Wirklichkeit unterbesetzt sind. Gleichzeitig verweigert ihr uns einfach in den allermeisten Fällen die Arbeitserlaubnis. Ihr erwartet von uns, dass wir Deutsch lernen. Gleichzeitig verhindert ihr uns den Zugang zu Deutschkursen. Ihr sperrt uns in Wohnheime ein, die total isoliert sind und keinen Raum für Privatsphäre lassen. Die Lebensbedingungen in diesen Heimen sind schrecklich und gleichen dem Gefängnis. Egal was wir tun und was wir wollen, sind wir in euren Augen ein Feindbild. Oder schlimmer noch, ein Schädling. Uns ist es schon lange klar, wie gewaltvoll und rechtswidrig euer Verhalten ist. Es ist jetzt dringend Zeit, dass es allen klar wird. Dieser Skandal darf nicht mehr ignoriert werden! Es ist Zeit, der Ausländerbehörde Menschenrechte beizubringen!

Hört unsere Stimmen! Lass uns gemeinsam der Macht dieser Behörde statt den Menschen Grenzen setzen!

Wir fordern: Arbeitserlaubnis, Bewegungsfreiheit, Gerechtigkeit, Wohnraum und Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für alle!

Alle zusammen können wir uns gegen diese rassistische Behörde wehren.

Mobilisiert euch!

Rede CompassCollective

Ich möchte zuerst alle ganz herzlich begrüßen, die den Weg von sehr weit weg (aus Afrika, aus der Ukraine, aus Syrien, aus Afghanistan, aus Pakistan...) bis hierher gefunden haben. Ich freue mich, dass ihr da seid und ich freue mich auch über mehr Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben hier ankommen (obwohl hier ja auch nicht alles zum Besten bestellt ist- im Gegenteil).

Ich bin Katja vom CompassCollective. Wir werden mit unserer Gruppe (und ganz vielen Aktivist:innen die mitsegeln wollen) die Seenotrettung im Mittelmeer unterstützen. Wir haben nur ein kleines Segelboot. Es ist 13 m lang. Aber so lange noch Menschen im Mittelmeer ertrinken, braucht es immer mehr kleine und große Boote.

Wir werden suchen. Wir werden versuchen PushBacks und PullBacks zu verhindern. Wir werden im schlimmsten Fall retten. Dafür haben wir viele Rettungswesten, lange Luftschläuche (Centifloats) und Rettungsinseln dabei. Und wir werden die Menschen in Seenot nicht alleine lassen, bis sie in Sicherheit auf einem größeren Schiff sind.

Wir sammeln gerade spenden, damit es im Juli losgehen kann. Und in diesem Zusammenhang habe ich eine mail von einem Freund bekommen, der uns vorwirft:

„Wenn ihr mit Rettungsbooten auf dem Mittelmeer unterwegs seid, seid ihr Schuld an dem Tod von Menschen. Weil ihr mit euren NGOs die Menschen ermutigt zu fliehen.“

Nein. Nein. Das macht mich wütend. Ich verwehre mich gegen diesen Vorwurf. Menschen fliehen nicht, weil NGOs sie aus dem Wasser fischen. Menschen haben ihr Gründe. Diese Gründe sind existenziell. Und ich werde sie nicht bewerten, das steht mir nicht zu. Das steht eigentlich niemanden zu. Auch nicht der Ausländerbehörde und dem BaMF. Jeder Mensch hat das Recht auf Bewegungsfreiheit- auch ohne Pass und Geburtsurkunde. Es gibt keine illegalen Menschen und auch keine Menschen zweiter Klasse. Unabhängig der Herkunft besitzt jeder Mensch eine unantastbare Würde und damit das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit, auf sexuelle Selbstbestimmung und auf Ausübung der eigenen Religion. Das Recht auf Asyl schließt das Recht auf freie Bewegungsfreiheit ein. Seit Jahren treten die europäischen Nationalstaaten diese Rechte mit Füßen. Die „Festung Europa“ wird verteidigt, mit immer mehr Grenztruppen und Zäunen. Grenzen sind institutionalisierter Rassismus.

Wir NGOs sind nicht schuld, wenn ein Boot mit Flüchtenden untergeht, aber wir alle sind verantwortlich, dass Menschen fliehen müssen. Unsere kapitalistische Lebensweise und unsere neokolonialen Strukturen festigen strukturelle Ungerechtigkeit.

Aus diesem Grund nehmen wir es nicht hin, dass Menschen wegen unserer wirtschaftlichen Interessen, unserer Ignoranz und unserer Intoleranz in ihrer Not auf der Flucht allein gelassen werden und dabei im Meer ertrinken müssen.

Das Wendland schickt ein Schiff- damit weniger Menschen im Mittelmeer ertrinken müssen.

Für sichere Passagen, für Freedom of Movement und für ein gutes Leben für Alle!

Redebeitrag "ExChange" 24.6.2023

Die Ausländerbehörde der Stadt Salzwedel ist das letzte Glied im ganzen Verwaltungsapparat des Bundesamtes für Flüchtlinge.

Salzwedel liegt in einer strukturschwachen Region. Dementsprechend schwierig gestaltet sich die Suche nach Arbeit oder einem Deutschkurs. Ärzt*innen nehmen kaum mehr neue Patient*innen auf. Schwangere Frauen werden an männliche Frauen-Ärzte verwiesen.

Das sind schon genügend schwierige Lebensumstände. Dazu kommt eine Ausländerbehörde, welche den Spielraum, über den sie verfügt, kaum nutzt. Nun wurden zwar neue Personen eingestellt, davon merken wir aber noch nichts. Wer arbeiten dürfte und sogar eine Arbeitsstelle findet, muss oft so lange auf die Zustimmung der Ausländerbehörde warten, dass die Arbeitsstelle an eine andere Person vergeben wurde, bis die Bewilligung dann endlich erteilt wird.

Oder ein Vater wartet seit mehr als zwei Jahren auf eine Antwort, damit er mit der Mutter des gemeinsamen Kindes zusammenziehen kann. „Du musst warten. Es ist wie eine Prüfung“ war der Kommentar der Behördenvertreterin.

Zahlreiche Personen warten auf die Aushändigung ihrer neuen Ausweise. Theoretisch verfügen sie über eine Aufenthaltsbewilligung. Nur haben sie diese bis heute nicht erhalten. Wartezeiten von 9 Monaten bis über ein Jahr sind die Regel. Ohne dieses Dokument können sie nicht reisen, eine Arbeit suchen. Die von der Ausländerbehörde als Übergangsdokument ausgestellten Briefe werden ausserhalb von Salzwedel nicht Ernst genommen.

Im Treffpunkt für Geflüchtete sind wir mit diesen alltäglichen Hürden konfrontiert und einer Gleichgültigkeit, die sich hinter amtlichen Entscheiden versteckt.

Wir fordern von den Behörden in Salzwedel und allen anderen Orten, dass sie alle Menschen in ihren Bedürfnissen unterstützen und auch die dazu notwendigen Übersetzer*innen bereitstellen, die auch in kulturellen Fragen und Problemen vermitteln können.

Es geht nicht an, dass junge Menschen, die besten Jahre ihres Lebens damit verbringen, auf die amtliche Erlaubnis zu warten, dass sie arbeiten oder mit einer Ausbildung beginnen dürfen. Seit Jahren ist die Rede vom Arbeitskräftemangel. Hier wäre eine konkrete Möglichkeit die notwendigen Personen auszubilden.

Das Exchange unterstützt Geflüchtete in ihrem Widerstand gegen ihre Abschiebung und versucht sie gut als möglich zu unterstützen, damit sie sich hier eine Lebens-Perspektive aufbauen können. Wer das Exchange kennenlernen möchte ist herzlich eingeladen, während unseren Öffnungszeiten vorbeizuschauen. Wir sind an der Altperverstrasse 7 Dienstag, Mittwoch und Donnerstags von 15 – 18 Uhr anzutreffen.

Die Räumlichkeiten des Exchange bieten Möglichkeiten für verschiedene Aktivitäten. Es hat Platz für neue Ideen und wir freuen uns auch über Menschen, die bereit sind Geflüchtete bei Behördengängen zu begleiten, bei Arztbesuchen, usw.

Rede CompassCollective

Ich möchte zuerst alle ganz herzlich begrüßen, die den Weg von sehr weit weg (aus Afrika, aus der Ukraine, aus Syrien, aus Afghanistan, aus Pakistan...) bis hierher gefunden haben. Ich freue mich, dass ihr da seid und ich freue mich auch über mehr Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben hier ankommen (obwohl hier ja auch nicht alles zum Besten bestellt ist- im Gegenteil).

Ich bin Katja vom CompassCollective. Wir werden mit unserer Gruppe (und ganz vielen Aktivist:innen sie mitsegeln wollen) die Seenotrettung im Mittelmeer unterstützen. Wir haben nur ein kleines Segelboot. Es ist 13 m lang. Aber so lange noch Menschen im Mittelmeer ertrinken, braucht es immer mehr kleine und große Boote.

Wir werden suchen. Wir werden versuchen PushBacks und PullBacks zu verhindern. Wir werden im schlimmsten Fall retten. Dafür haben wir viele Rettungswesten, lange Luftschläuche (Centifloats) und Rettungsinseln dabei. Und wir werden die Menschen in Seenot nicht alleine lassen, bis sie in Sicherheit auf einem größeren Schiff sind.

Wir sammeln gerade spenden, damit es im Juli losgehen kann. Und in diesem Zusammenhang habe ich eine mail von einem Freund bekommen, der uns vorwirft:

„Wenn ihr mit Rettungsbooten auf dem Mittelmeer unterwegs seid, seid ihr Schuld an dem Tod von Menschen. Weil ihr mit euren NGOs die Menschen ermutigt zu fliehen.“

Nein. Nein. Das macht mich wütend. Ich verwehre mich gegen diesen Vorwurf. Menschen fliehen nicht, weil NGOs sie aus dem Wasser fischen. Menschen haben ihr Gründe. Diese Gründe sind existenziell. Und ich werde sie nicht bewerten, das steht mir nicht zu. Das steht eigentlich niemanden zu. Auch nicht der Ausländerbehörde und dem BaMF. Jeder Mensch hat das Recht auf Bewegungsfreiheit- auch ohne Pass und Geburtsurkunde. Es gibt keine illegalen Menschen und auch keine Menschen zweiter Klasse. Unabhängig der Herkunft besitzt jeder Mensch eine unantastbare Würde und damit das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit, auf sexuelle Selbstbestimmung und auf Ausübung der eigenen Religion. Das Recht auf Asyl schließt das Recht auf freie Bewegungsfreiheit ein. Seit Jahren treten die europäischen Nationalstaaten diese Rechte mit Füßen. Die „Festung Europa“ wird verteidigt, mit immer mehr Grenztruppen und Zäunen. Grenzen sind institutionalisierter Rassismus.

Wir NGOs sind nicht schuld, wenn ein Boot mit Flüchtenden untergeht, aber wir alle sind verantwortlich, dass Menschen fliehen müssen. Unsere kapitalistische Lebensweise und unsere neokolonialen Strukturen festigen strukturelle Ungerechtigkeit.

Aus diesem Grund nehmen wir es nicht hin, dass Menschen wegen unserer wirtschaftlichen Interessen, unserer Ignoranz und unserer Intoleranz in ihrer Not auf der Flucht allein gelassen werden und dabei im Meer ertrinken müssen.

Das Wendland schickt ein Schiff- damit weniger Menschen im Mittelmeer ertrinken müssen.

Für sichere Passagen, für Freedom of Movement und für ein gutes Leben für Alle!

Kurztexte

1

DIE VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE SCHUTZSUCHENDER AN DEN EU-AUSSENGRENZEN

Die Europäische Union und ihre Mitglieder haben einen fatalen Weg eingeschlagen. Um sich der menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Pflicht zu entziehen, Flüchtlingen Schutz und Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren, werden zweifelhafte und illegale Mittel eingesetzt. PRO ASYL hat immer wieder vor diesem Weg gewarnt. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre machen deutli

ch, dass die widerrechtliche

Abwehr Schutzsuchender bewusst weiter vorangetrieben wird. Das Problem sind nicht ~~einzelne~~ »Grenzschilder«, die unkontrolliert Gewalttaten begehen. Das Problem ist, daß – von der Sperrung der Zugangswege weit vor Europas Grenzen bis hin zur Rechtlosigkeit Geflüchteter in den Lagern innerhalb der EU – Gewalt und repressive Maßnahmen systematisch ineinandergreifen.

Die, die draußen sind, sollen draußen bleiben. Und die, die es trotzdem in die EU schaffen, sollen entweder zurückgeschoben oder an den Außengrenzen festgesetzt werden. Unter dem starken Einfluss rechtspopulistischer Regierungen verlieren nicht nur Flüchtlinge in Europa ihr Recht, Europa verliert die Menschenrechte.

2

ZUSAMMEN MIT WARLORDS GEGEN FLÜCHTLINGE

Auf der tödlichsten Fluchtroute der Welt nehmen die Verwicklungen der EU, Italiens und Maltas in illegale Machenschaften kein Ende. Italien setzte auf der Basis des Berlusconi-Gaddafi-Vertrags 2008 zunächst auf eigene Aktionen und transportierte Bootsflüchtlinge mit Schiffen zurück nach Libyen. Dieses Vorgehen

erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2012 für illegal.

Seit 2016 organisieren Italien und die EU zusammen mit der von Warlords kontrollierten libyschen Küstenwache nun so genannte Pullbacks: Behörden aus der EU melden gesichtete Flüchtlingsboote an die libysche Küstenwache, diese bringt die Boote auf (=??) und schafft die Flüchtlinge zurück. In Libyen verschwinden viele von ihnen in berüchtigten Foltergefängnissen.

»DER SPASS IST VORBEI! AUCH ITALIEN WIRD ANFANGEN, SEINE NATIONALEN INTERESSEN ZU VERTEIDIGEN.« Giorgia Meloni, italienische Ministerpräsidentin, 2022

BULGARIEN ILLEGALE GEWALT – IGNORANTE BEHÖRDEN

Der 19-jährige Abdullah hätte seinen Versuch, im EU-Land Bulgarien Schutz zu finden, beinahe mit dem Leben bezahlt: »Ich hätte nie gedacht, dass auf mich geschossen wird. In einem Land, das sich europäisch nennt«. Trotz zahlreicher Hinweise auf den Waffengebrauch, behauptet das bulgarische Innenministerium, » ... von ihrer Seite seien aber keine Schüsse abgegeben worden«. * Auch von einem illegalen Flüchtlingsgefängnis, das Bulgarien in der Kleinstadt Sredez betreibt, will niemand etwas wissen. »Es ist eine Baracke mit Eisenstäben. Am Boden Abfall, auf Kartonfetzen kauern Flüchtlinge.« **

Nebenan parkt mehrfach ein Auto der EU-Grenzagentur Frontex: »Damit konfrontiert, schreibt Frontex: Die eigene Grundrechts-Abteilung werde sich den Fall genau anschauen. Frontex-Beamte seien »... grundsätzlich nicht in Asylverfahren in Bulgarien involviert« **. ** In einem anderen Zusammenhang kritisierte das ZDF Einschränkungen der Pressefreiheit bei Versuchen, aus der Grenzregion zu berichten. *** Obwohl die menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Verstöße seit langem bekannt sind, befürwortete Innenministerin Nancy Faeser die Aufnahme Bulgariens in den Schengen-Raum, was jedoch am Einspruch Österreichs scheiterte. Ironischerweise monierte dessen Innenminister zu viele illegale Grenzübertritte.

* tagesschau.de, Flüchtling an der EU-Außengrenze angeschossen, 05. Dezember 2022,

** srf.ch, Eingesperrt und misshandelt an der EU-Außengrenze, 09. Dezember 2023,

*** zdf.de, Freie Presse in Bulgarien: Grenzwertig, 02. Februar 2023,

**** zdf.de, Kroatien tritt 2023 Schengen-Raum bei, 08. Dezember 2022

AUSNAHMEZUSTAND MIT TODESFOLGE

Abgesehen von der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge seit Kriegsbeginn im Februar 2022, verweigert das EU-Mitglied Polen jegliche Solidarität im Flüchtlingsschutz. Als ab Mai 2021 nicht-europäische Schutzsuchende über die belarussische Grenze ins Land kamen, waren die Reaktionen entsprechend. Gedeckt durch die Regierung begann das Zurückprügeln Schutzsuchender über die Grenze nach Belarus. Mindestens 48 Menschen kamen seitdem ums Leben, Hunderte werden vermisst. * Im September 2021 rief Polen den Ausnahmezustand aus. Die völkerrechtswidrigen Zurückweisungen wurden durch ein Ausweisungsgesetz »legalisiert«. Zu der über 400 Kilometer langen Sperrzone an der Grenze zu Belarus hatten ab diesem Zeitpunkt weder die Presse noch Menschenrechts- oder Hilfsorganisationen Zugang. Schwersten Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Einsatzkräfte wurde damit der Weg geebnet.

Im August 2022 wurde der von Stacheldraht gesäumte, vier Meter hohe und über 186 Kilometer lange Grenzzaun zu Belarus fertiggestellt.

* Stand Februar 2023, PRO ASYL-Bericht zur Lage an der polnisch-belarussischen Grenze, Interview mit dem syrischen Flüchtling Enis,

*** sz.de, Ein Zaun gegen Geflüchtete – Mehr als 186 km lang, 30. Juni 2022

MENSCHENRECHTE UND RECHTSSTAATLICHKEIT UNTER DRUCK: PLÄNE DER EUROPÄISCHEN UNION

Die tolerierte und legitimierte Gewaltanwendung an den Außengrenzen zeigt, wie weit sich die Europäische Union bereits von der umfassenden Gültigkeit der Menschenrechte und von rechtsstaatlichen Prinzipien entfernt hat. Sollten die aktuellen Pläne für ein Europäisches Asylsystem (GEAS) realisiert werden, unterminiert die EU endgültig diese grundlegenden Werte. Planungspunkte sind unter anderem:

- Die Fiktion der Nicht-Einreise: Screening, Asyl- und Abschiebungsgrenzverfahren sollen unter haftähnlichen Bedingungen direkt an den Außengrenzen durchgeführt werden. Solange diese Verfahren laufen, gelten die Betroffenen als »nicht eingereist«.
- Eine Ausweitung des Konzepts der »Sicheren Drittstaaten«: Um Flüchtlinge ohne Prüfung ihres Asylantrags sofort und noch einfacher zurückschicken zu können, sollen bei der Klassifizierung »Sicherer Drittstaaten« unter anderem Anforderungen wie die Gültigkeit der Genfer Flüchtlingskonvention abgesenkt werden.
- Sogenannte Instrumentalisierungs- und Krisenverordnungen: Bestandteil wäre aller Voraussicht nach ein (zeitlich begrenztes) Sonderasylrecht, das z.B. die Aussetzung der Registrierung von Asylsuchenden gestatten würde.
- Ein Festhalten am Prinzip der Ersteinreise: Auch künftig soll in der Regel der EU-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig sein, in den Schutzsuchende eingereist sind. Wenn weiterhin ein verbindlicher EU-Solidarmechanismus bei der Aufnahme Geflüchteter fehlt, bedeutet dies: Die illegalen Pushbacks und schweren Menschenrechtsverletzungen durch Grenzstaaten werden weitergehen.

Wie Deutschland sich verhält: Nachdem sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag eindeutig für eine menschenrechtlich basierte europäische Flüchtlingspolitik positionierte, gerät sie zunehmend ins Wanken:

- Im Juni 2022 stimmte sie im EU-Rat der »Screening-Verordnung« zu. Diese erlaubt, Schutzsuchende für fünf bis zehn Tage an der Grenze festzusetzen, in denen sie als »nicht eingereist« gelten.
- Trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen plädierte sie im EU-Rat im Dezember 2022 für die Aufnahme Kroatiens, Bulgariens und Rumäniens in den Schengen-Raum.*
- Im Mai 2023 erklärte sie sich grundsätzlich dazu bereit, einem Grenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen an der EU-Außengrenze zuzustimmen.

* zdf.de, EU-Innenminister stimmen zu: Kroatien tritt 2023 Schengen-Raum bei, 08. Dezember 2022,

** merkur.de, Anreiz oder Strafe? Faeser streitet sich mit EU um die richtige Abschiebepaxis, 26. Januar 2023

Poesie von jungen geflüchteten

Meine Heimat habe ich verlassen, mein Herz.
Jetzt ist es wie Schlaf und Traum
und brennt in der Tiefe meines Körpers.

Die weinende Mutter hat mich fortgeschickt,
die Leiden sind zu Ende, sagte ich.
Ich packte und machte mich auf den Weg.
Leib und Seele überließ ich dem Ozean,
Gott, danke, ich existiere noch.
Gott möge das Meer verfluchen, das die Leiber verschlingt. Das Gebet und die Liebe für die
Schwester halfen mir anzukommen.
Aber meine Augen haben die Farben des Unglücks gesehen.
Mohamad Mashghdost, 18, Bandar-e Ansali, Iran, über Flucht und Ankunft in Europa

Sei neben mir und sieh,
was mir geschehen ist.
Es ist vorbei, die Spuren noch im Herzen.
Kein Platz für mich, für Schlaf in diesem Bus.
Die Füße vertrocknet, der Traum versank im Auge.
Die Polizei sagte stopp.
Geht zurück, geht zurück.
Alle dann in den Waggons, nur ich allein auf dem Gleis.
Das Schlauchboot sank, und mein heißes Herz für Europa wurde kalt.
Die Welt schlief, nur wir waren wach,
hungrig, durstig, müde.
Wir sind ja weggegangen, schwieriger wird es zurückzukehren.
Das ganze Sich-Zerreißen, für ein bisschen Ruhe.
Nicht meine Ruhe.
Die Ruhe meiner Familie.
**Yasser Niksada, 14, in Afghanistan geboren, in Iran aufgewachsen, über die Überfahrt nach
Europa**

Der Beginn des Lebens war, dass ich nicht existierte.
Es gab eine Mutter, sie war mein Gott.
Es war eine einseitige Liebe.
Es gab einen Vater, er war nie da.
Der Körper kam zur Ruhe, nicht der Geist.
Ich war ohne Trost.
Die Schwester wollte mir die Mutter sein, aber sie war müde.
Ich liebte die Mutter. Sie starb.

Ich wollte gehen, und ich blieb.
Ich wollte bleiben, ich ging.
Nicht das Gehen war wichtig, und nicht das Bleiben.
Ich war wichtig, der ich nicht existierte.
Mohamad Mashghdost, 18, Bandar-e Ansali, Iran, über das Sein

Sei ruhig, sagst du zu mir und erinnerst mich daran,
dass du doch da bist.
Was morgen ist, das weiß ich nicht.
Verzeih, dass ich von morgen nichts sagen kann.
Aber heute bin ich ja noch da.

Ali Ahmade, 15, Bamian, Afghanistan

Gedicht der Gedanken an seine Mutter, bevor er in der Türkei ins Boot steigt und nicht weiß, ob er die Überfahrt überleben wird

Ich habe verstanden, niemand erwartet etwas von niemandem.
Gleich, wieviel ich älter werde, wie erwachsen ich sein werde, wenn ich unruhig bin und voller Sorge, wünschte ich die Mutter an der Seite.
Aber ich bin hoffnungslos, was die Welt angeht.

Ghani Ataei, 16, Herat, Afghanistan, über Einsamkeit

Wenn ich sage, Frauen,
Dann meine ich echte Frauen,
Diejenigen mit Brauen, Nase und Schultern.
Die von Beginn an nur sich selbst gehören.
Die nicht selbstsüchtig sind und stolz auf ihre Gaben.
Die sich in ihrer einfachen Schlichtheit lieben
und nur sie selbst sein wollen
und keiner anderen ähneln.
Diese Frauen meine ich, wenn ich sage Frauen.
Das Licht in ihrem Blick ist wie der Duft ihres Parfums Kobako.
Ihre wohlwollende Hand ist unvergleichlich wertvoll.
Die Weisheit scheint unter ihrer Schminke hervor.
In Schönheit schreitet sie in der Öffentlichkeit.
Der wässrige Mund der Gaffer ist ihr gleich.
Die selbstbewusste, starke Frau verfolgt ihre Gaben und Talente,
Einige Frauen bleiben zuhause, sie lösen sich auf und werden zu Wasser.
Und diejenigen, die rausgehen, werden zu Brot und Speisen.
Und wenn ich sage Frauen, meine ich diese Frauen.

Samiullah Rassouli, 17, Ghazni, Afghanistan, über die Frauen